



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
Poststelle@mdi.rlp.de  
www.mdi.rlp.de

Herrn Präsidenten  
des Landtags  
Rheinland-Pfalz  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz

17/6863

VORLAGE

16. Juli 2020

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
365GA-010-S-100005-0000- /2020		Philipp Staudinger Philipp.Staudinger@mdi.rlp.de	06131 16-3432 06131 16-173432

Bitte immer angeben!

**Sitzung des Innenausschusses am 18. Juni 2020**

**TOP 21: „Instrumentalisierung der Corona-Pandemie durch Rechtsextreme“**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 17/6618 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 18. Juni 2020 wurde zu TOP 21 eine Übersendung des Sprechvermerks vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Vermerk den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung

Randolf Stich  
Staatssekretär



## Sitzung des Innenausschusses am 18. Juni 2020

### TOP 21: „Instrumentalisierung der Corona-Pandemie durch Rechtsextreme“

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT  
- Vorlage 17/6618 -

#### Sprechvermerk

Krisen von tiefgreifender gesellschaftlicher Tragweite wirken sich auch auf die Innere Sicherheit aus. Extremisten, die die freiheitliche Demokratie angreifen und zu Fall bringen wollen, nehmen Krisen als Chance wahr, ihren Zielen näher zu kommen. Dementsprechend versuchen sie aktuell, die Corona-Pandemie für ihre verfassungsfeindlichen Zwecke zu instrumentalisieren. Dies gilt insbesondere für rechtsextremistische Kreise.

Den Rechtsextremisten geht es im Kontext der Corona-Pandemie vor allem darum, Ängste und Misstrauen in der Bevölkerung zu schüren, Verunsicherung zu bewirken und damit das Vertrauen in die Politik zu erschüttern. Ihr Tun ist darauf ausgerichtet, das gesellschaftliche Gefüge und die staatliche Ordnung zu destabilisieren.

Eine zentrale Rolle dabei spielt die Verbreitung von Verschwörungsphantasien und Falschmeldungen. Damit einher geht regelmäßig eine exzessive Kritik an der Regierungspolitik zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Als Medium nutzen die Rechtsextremisten vor allem das Internet.

Viele Narrative der Rechtsextremisten folgen bekannten fremdenfeindlichen Mustern. Hierzu zählt die Behauptung, die Regeln zur Eindämmung der Corona-Pandemie gelten nur für „Deutsche“. Regelverstöße von Flüchtlingen und insbesondere Muslimen würden von Justiz und Polizei milder behandelt als von „Deutschen“ begangene. Dieses Vorgehen sei von der Politik vorgegeben.

Thematisiert wird auch die Flüchtlingssituation an der griechisch-türkischen Grenze. Exemplarisch heißt es in einem Beitrag auf dem Twitter-Account „Identitäre Bewegung Koblenz“: „In Griechenland haben die Fachkräfte ein weiteres Mal die Grenze in Brand



gesetzt. *Derweil beschließt unsere Regierung eine weitere Neuverschuldung Deutschlands, anstatt die Kosten für Covid 19 aus den Asylrücklagen zu finanzieren...*“.

Zudem werden von Rechtsextremisten antisemitische Stereotype bedient, wie beispielsweise die abstruse Theorie, das Coronavirus sei von einer „jüdischen Elite“ künstlich geschaffen und die Pandemie bewusst ausgelöst worden.

Ein Beispiel für die Verbreitung einer gängigen Verschwörungsphantasie durch Rechtsextremisten in Rheinland-Pfalz ist ein auf der Facebook-Seite des NPD-Landesverbandes veröffentlichter Aufruf seines Landesvorsitzenden zum Boykott von Geschäften und Läden, die aufgrund der Corona-Krise kein Bargeld annehmen. Diesen Aufruf verbindet die NPD mit der Behauptung, dass es lange kein Geheimnis mehr sei, dass „bekannte Interessengruppen“ daran arbeiteten, das Bargeld abzuschaffen. Die Folgen seien u. a. die „totale Überwachung“ und die „totale Abhängigkeit vom System“.

In einem anderen Beitrag propagiert der NPD-Landesverband Rheinland-Pfalz, dass die Maßnahmen der Regierung wesentlich mehr Opfer fordern würden als Corona selbst. Wörtlich heißt es: *„Obdachlose und Alte, wie auch Mittelstand, Kneipen, Bargeld und Freiheit liegen bereits im Sterbebett“*. Die freiwillige Corona-App wird mit der Maßnahme einer Diktatur verglichen, in der „die Herrscher“ ihre Gelüste so richtig ausleben könnten.

Auch in Teilen des bürgerlichen Spektrums verbreiten sich im Kontext der Corona-Pandemie Verschwörungsphantasien und Desinformation. Exemplarisch ist die Ende März 2020 gegründete, bundesweite Facebook-Gruppe „Corona-Rebellen“, die nach Angaben der Bundesregierung mit Stand 22. Mai 2020 auf bundesweit bereits 71.405 Mitglieder angewachsen war.<sup>1</sup> In Rheinland-Pfalz gehören einer Telegram-Gruppe „Corona-Rebellen Rheinland-Pfalz“ rund 1.200 Personen an. Zudem gibt es mehrere regionale Untergruppen mit Rheinland-Pfalz-Bezug. Diese Entwicklung hat bei

---

<sup>1</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19651. Anmerkung: Die Gruppierung ist kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.



Rechtsextremisten Aufmerksamkeit erzeugt. Regionale Chats beinhalten auch einschlägige Kommentare mit offenkundig rechtsextremistischem, zum Teil auch antisemitischem Hintergrund. Sie dominieren aber bislang weder an Zahl, noch kann daraus auf einen steuernden Einfluss von mutmaßlichen Rechtsextremisten auf die Foren geschlossen werden.

Von thematischem Belang sind auch die Versuche von Rechtsextremisten, die aktuellen öffentlichen Proteste eines heterogenen, überwiegend bürgerlichen Spektrums gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu instrumentalisieren.

Rechtsextremisten unterschiedlicher Organisationen und Spektren rufen im Bundesgebiet dazu auf, sich organisationsübergreifend an den Protesten zu beteiligen und Präsenz in der Öffentlichkeit zu zeigen. So propagiert die neonazistische Partei „Der III. Weg“ auf ihrer Internetseite: *„Zeigt Flagge und schreit es heraus: Das System ist gefährlicher als Corona!“*. In Rheinland-Pfalz gingen entsprechende Versuche von der Partei „Der III. Weg“ in Kaiserslautern am 9., 16., 23. und am 30. Mai 2020 aus. Die Organisatoren der dortigen Demonstrationen haben sich jedoch von den Aktivisten der Partei „Der III. Weg“ abgegrenzt und diese nicht am offiziellen Demonstrationsgeschehen teilnehmen lassen, was die Parteiangehörigen nicht davon abhielt, am Rande der Veranstaltung mit Plakaten zu demonstrieren.

Bundesweit bewegt sich die Beteiligung von Rechtsextremisten an themenrelevanten Demonstrationen bislang in einem zahlenmäßig eher kleinen Rahmen; eine prägende Stellung von Rechtsextremisten im Demonstrationsgeschehen ist derzeit nicht zu erkennen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Versuche von Rechtsextremisten, eine Krise wie die Corona-Pandemie zu instrumentalisieren und über eine Beteiligung an Protesten Anschluss an das bürgerlich-demokratische Lager zu finden, sind nicht neu.

Bislang erfüllen sich, was die Situation in Rheinland-Pfalz betrifft, ihre damit verbundenen Erwartungen weitestgehend nicht. Allerdings erwächst aus der mit



deutlich höherer Intensität betriebenen Verbreitung von Verschwörungsphantasien und Desinformation über den Rechtsextremismus hinaus eine zunehmende sicherheitspolitische Herausforderung. Insofern müssen alle Versuche von rechtsextremistischer Seite, bürgerliche Proteste zu vereinnahmen, nicht zuletzt unter dem Aspekt einer möglichen schleichenden Aufweichung der Abgrenzung aus sicherheits- und gesellschaftspolitischem Blickwinkel, ernstgenommen werden. Der Verfassungsschutz wird die weitere Entwicklung daher aufmerksam verfolgen.